Antrag

**der Abg. Nikolai Reith
und Hans Dieter Scheerer u. a. FDP/DVP**

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus

Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (SVI) in Baden-Württemberg: Was unternimmt die Landesregie- rung?

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. welche Chancen sie sieht für die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (SVI) in Baden-Württemberg durch die voraussichtlich signifikante Erhöhung des Verteidigungsetats des Bundes und zahlreiche neue Investitionen in die Ausstattung der Bundeswehr sowie weiterer europäischer Armeen;
2. welche Chancen sie sieht für Zuliefererbetriebe der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Baden-Württemberg, die zwar selbst nicht diesem Sektor zuzuordnen sind, aber bedeutende Lieferbeziehungen mit ihm unterhalten;
3. welche Probleme, Engstellen und mögliche Verzögerungsgründe sie sieht für ein schnelles Hochfahren der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Baden-Württemberg, insbesondere auch, ob dies auch den Zuliefererbereich betrifft;
4. auf welche Art und Weise sie – neben dem Schreiben von Staatssekretär Dr. Rapp gemeinsam mit Roland Weigert, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, an den Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, Sven Giegold im August 2022 – auf die Bundesregierung eingewirkt hat, damit Aufträge aus dem Sondervermögen für die Bundeswehr an Unternehmen in Baden-Württemberg fließen;
5. welche diesbezüglichen Schritte sie für die Zukunft und die voraussichtlichen weiteren Aufträge für die Bundeswehr plant;
6. in welcher Art und Weise sie in den letzten fünf Jahren in einem strukturierten Austausch mit der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Baden-Württemberg war (gegebenenfalls bitte mit Informationen zu Terminen, Themen sowie Gesprächspartnern);

7. inwiefern sie das Image der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Baden-Württemberg als Hinderungsgrund für ihre weitere Stärkung sieht und welche Maßnahmen sie gegebenenfalls dagegen plant;
8. auf welche Art und Weise Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie sowie deren Zulieferer in Baden-Württemberg in den letzten fünf Jahren von einer direkten Landesförderung, von Landeskrediten oder von Landesbürgschaften profitiert haben;
9. wie sie den Vorschlag bewertet, im Rahmen des Förderprogramms InvestBW einen spezifischen Förderschwerpunkt für Unternehmen und Zwecke der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie auszuschreiben, um diese Branche weiter zu stärken;
10. welche Maßnahmen sie bereits ergriffen hat oder zukünftig plant zu ergreifen, um die Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Baden-Württemberg untereinander, mit Zuliefererbetrieben, mit der Wissenschaft sowie mit anderen Unternehmen zu vernetzen und somit die Clusterbildung und den Netzwerkaufbau zu befördern;
11. welche Anreize sie setzt, um speziell Kooperationen zwischen Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Baden-Württemberg, deren Zulieferern in Baden-Württemberg und den Instituten der angewandten Forschung in Baden-Württemberg auszubauen;
12. inwiefern es für die Institute der angewandten Forschung in Baden-Württemberg und hier insbesondere der landesgetragenen Institute der Innovationsallianz irgendwelche Beschränkungen zu den Themen Sicherheits-/Verteidigungs-/Militärforschung gibt, vergleichbar zu den Zivilklauseln an einzelnen Hochschulen;
13. welche Informationen ihr zum spezifischen Fachkräftebedarf der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Baden-Württemberg vorliegen, sowohl hinsichtlich der am meisten vorhandenen Fachkräfte als auch hinsichtlich der am meisten gesuchten (also nicht bereits abgedeckten) Fachkräfte;
14. welche Maßnahmen sie diesbezüglich ergreift, insbesondere auch hinsichtlich der Umschulung oder Weitervermittlung von Fachkräften aus wirtschaftlich beeinträchtigten Branchen in die sich positiv entwickelnde Sicherheits- und Verteidigungsindustrie;
15. welche sonstigen Maßnahmen sie bereits ergriffen hat oder noch plant zu ergreifen, um die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Baden-Württemberg weiter zu stärken und die vom Ministerpräsident formulierte Haltung „Das wird ein neuer industrieller Schwerpunkt für Baden-Württemberg werden, da bin ich mir sicher“ (dpa-Meldung vom 4. März 2025, „Kretschmann für Ausbau der Rüstungsindustrie im Südwesten“) zu unterstützen.

24.3.2025

Reith, Scheerer, Dr. Schweickert, Birnstock,
Bonath, Haag, Haußmann, Dr. Jung, Karrais FDP/DVP

Begründung

Deutschland befindet sich in einer Phase der massiven Aufrüstung. Im Juli 2022 wurde dazu ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro explizit für die Bundeswehr etabliert. In den Verhandlungen für die neue Bundesregierung gibt es weitere Pläne für massive Investitionen in die Verteidigung. Noch dazu gibt es in der politischen Diskussion dazu häufig die Forderung, dass die mit diesen Investitionen verbundenen Aufträge in deutsche oder zumindest europäische Unternehmen fließen sollen, um die strategische Unabhängigkeit von Europa zu stärken, die heimische Sicherheits- und Verteidigungsindustrie zu stärken und auch die Wirtschaft zu fördern.

Ausgaben für die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie können nämlich auch sinnvolle Wirtschaftspolitik sein. Beispielsweise sieht eine Studie des IfW Kiel die Chance, dass Investitionen in die Verteidigung auch zu einer Erhöhung des BIP um den Faktor 0,6 bis 1,5 führen. Wenn also beispielsweise 100 Milliarden Euro in die Verteidigung investiert werden, kann auch das BIP um 60 bis 150 Milliarden Euro steigen (Ethan Ilzetzki: Kiel Report: „Guns and Growth: The Economic Consequences of Defense Buildups“. 02/2005). Eine andere Studie sieht die Chance bei einem Verteidigungsetat in Höhe von drei Prozent des BIP auf bis zu 220 000 neue Arbeitsplätze (Marc Ingo Wolter, Tobias Maier, Gerd Zika: „Was, wenn zwei Prozent Verteidigungsausgaben nicht ausreichen? Ein Simulationsexperiment mit dem Modell QINFORGE“. GWS-Kurzmitteilung|QuBe-Essay 1/2025). Die DekaBank und das Beratungsunternehmen EY haben ein „Ausbau-Szenario“ entwickelt, welches ebenso rund drei Prozent des BIP als Verteidigungsausgaben annimmt. Danach werden europaweit bis zu 1,3 Millionen (direkte und indirekte) Arbeitsplätze gesichert und neu geschaffen (DekaBank und EY: „Wirtschaftliche Effekte Europäischer Verteidigungsinvestitionen“. 12. Februar 2025). Diese Effekte hat auch Ministerpräsident Kretschmann erkannt. Er hat sich am 4. März für einen Ausbau der Rüstungsindustrie in Baden-Württemberg ausgesprochen und sieht darin einen neuen industriellen Schwerpunkt für Baden-Württemberg (dpa-Meldung vom 4. März 2025, „Kretschmann für Ausbau der Rüstungsindustrie im Südwesten“). Wichtig dafür ist aber auch eine breite industrielle Basis sowie funktionierende Lieferketten und angemessene Zuliefererleistungen. Dies hat auch der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Weißbuches der Europäischen Kommission zur Zukunft der europäischen Verteidigung deutlich gemacht (VDMA vom 19. März 2024, „Verteidigungsfähigkeit basiert auf starker Industrie“).

Allerdings sind andere Bundesländer Baden-Württemberg deutlich voraus. So hat Schleswig-Holstein bereits vier „Spitzengespräche zur Wehrtechnik“ durchgeführt und gemeinsame Positionierungen mit der Industrie vorgenommen. Bayern hat einen „TechHub Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“ bei BayernInnovativ eingerichtet und einen „Zehn-Punkte Aktionsplan SVI“ beschlossen.

Dieser Antrag erkundigt sich daher nach konkreten politischen Maßnahmen des Landes Baden-Württemberg: Was unternimmt das Land, um die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (SVI) in Baden-Württemberg zu stärken, möglichst viele Aufträge aus den gesteigerten Ausgaben für Baden-Württemberg zu gewinnen und damit die Wirtschaft im Allgemeinen zu stärken?

Stellungnahme^{*)}

Mit Schreiben vom 6. Mai 2025 Nr. D19916/2025 nimmt das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus im Einvernehmen mit dem Staatsministerium, dem Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen, dem Ministerium für Finanzen sowie dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

- 1. welche Chancen sie sieht für die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (SVI) in Baden-Württemberg durch die voraussichtlich signifikante Erhöhung des Verteidigungsetats des Bundes und zahlreiche neue Investitionen in die Ausstattung der Bundeswehr sowie weiterer europäischer Armeen;*
- 2. welche Chancen sie sieht für Zuliefererbetriebe der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Baden-Württemberg, die zwar selbst nicht diesem Sektor zuzuordnen sind, aber bedeutende Lieferbeziehungen mit ihm unterhalten;*

Zu 1. und 2.:

Zu den Ziffern 1 und 2 wird aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam Stellung genommen.

Die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (SVI) ist als Querschnittsbranche in Baden-Württemberg breit aufgestellt. Dabei gehören die Akteure im Land hauptsächlich zu den System- und Komponentenherstellern, die sich durch qualitativ hochwertige Spitzentechnologie auszeichnen. Dementsprechend sind die baden-württembergischen Akteure gefragte Kooperationspartner für europäische SVI-Unternehmen und unterhalten bereits heute intensive wirtschaftliche Beziehungen zur Bundeswehr und weiteren europäischen Streitkräften. Dadurch besteht die Chance, dass die Hersteller und Zulieferer im Land von den erhöhten Verteidigungsetats profitieren.

Durch das Sondervermögen des Bundes ergeben sich somit bedeutende Chancen für Unternehmen und Zuliefererbetriebe der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (SVI) in Baden-Württemberg. Dies gilt für etablierte Hersteller, die nunmehr in deutlich höherer Stückzahl und voraussichtlich auch mit längeren Planungshorizonten arbeiten können und so ihre Produktion ausbauen und neue Mitarbeiter einstellen werden. Vom Produktionshochlauf profitieren auch bereits aktive Zulieferer der Branche. Zudem ergeben sich neue Chancen für Zulieferer, die bisher nicht für die SVI tätig waren. In der Branche wird zur Sicherung der höheren Produktionsvolumina, aber auch zur Steigerung der Resilienz der Lieferketten vermehrt auf eine Diversifizierung der Zulieferer („second source“) gesetzt.

- 3. welche Probleme, Engstellen und mögliche Verzögerungsgründe sie sieht für ein schnelles Hochfahren der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Baden-Württemberg, insbesondere auch, ob dies auch den Zuliefererbereich betrifft;*

Zu 3.:

Die SVI ist bei der Erweiterung von Produktionskapazitäten den gleichen Problemen ausgesetzt wie andere Branchen. Dies sind u. a. die Verfügbarkeit von notwendigen Gewerbe- und Industrieflächen, Zugang und Verfügbarkeit von Rohstoffen und Vorprodukten, Verfügbarkeit von ausreichend Fachpersonal, Zugang zu Kapital sowie Fragen der Optimierung der Produktionsprozesse. Für Unternehmen der SVI bedingt der Übergang von der Manufakturfertigung zur Serienfertigung häufig eine Umstellung der Produktionsprozesse. Parallel müssen Lieferketten und Zuliefererbeziehungen weiterentwickelt werden.

Das Land Baden-Württemberg unterstützt bereits seit längerem Unternehmen, auch aus der SVI-Branche, bei der Erweiterung ihrer Standorte. Diese Unterstützung wird auch in Zukunft weitergeführt.

4. *auf welche Art und Weise sie – neben dem Schreiben von Staatssekretär Dr. Rapp gemeinsam mit Roland Weigert, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, an den Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, Sven Giegold im August 2022 – auf die Bundesregierung eingewirkt hat, damit Aufträge aus dem Sondervermögen für die Bundeswehr an Unternehmen in Baden-Württemberg fließen;*

5. *welche diesbezüglichen Schritte sie für die Zukunft und die voraussichtlichen weiteren Aufträge für die Bundeswehr plant;*

Zu 4. und 5.:

Zu den Ziffern 4 und 5 wird aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam Stellung genommen.

Für die Vergabe von Aufträgen ist das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr zuständig. Baden-Württembergische Unternehmen führen bereits Aufträge für die Bundeswehr aus. Die Landesregierung setzt sich umfassend dafür ein, dass Unternehmen durch gute Rahmenbedingungen weiterhin in der Lage sind, am Markt erfolgreich und konkurrenzfähig zu sein.

Die Landesregierung hat sich über die genannte Maßnahme hinaus gezielt beim BMWK für die Beschleunigung von Exportgenehmigungsverfahren sowie für die grundlegende Vereinfachung der Genehmigungsverfahren eingesetzt.

Die Landesregierung wird sich auch beim neuen Bundesministerium für Wirtschaft und Energie einsetzen, dass das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) langfristig entlastet und die Genehmigungsverfahren beschleunigt werden. Darüber hinaus setzt sich die Landesregierung grundsätzlich für den Bürokratieabbau ein.

6. *in welcher Art und Weise sie in den letzten fünf Jahren in einem strukturierten Austausch mit der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Baden-Württemberg war (gegebenenfalls bitte mit Informationen zu Terminen, Themen sowie Gesprächspartnern);*

Zu 6.:

Die Landesregierung bringt sich aktiv in die bundes- und europapolitischen Abstimmungen ein und gestaltet die sich daraus ableitenden Handlungsbedarfe auf Landesebene konsequent mit. Die Einbindung der Wirtschaft mit Akteuren der SVI erfolgt dabei engmaschig und kontinuierlich – etwa im Rahmen von Formaten wie einem Unternehmensgespräch unter Leitung von Herrn Staatsminister a. D. Dr. Florian Stegmann im Jahr 2024 sowie einem gemeinsamen runden Tisch von Herr Staatssekretär Dr. Patrick Rapp MdL mit seinem bayrischen Kollegen Staatssekretär Roland Weigert in den Jahren 2022 und 2023, über die Koordinierungsstelle Gesamtverteidigung oder durch weitere landesseitige Initiativen und sektorübergreifende Dialogplattformen.

7. *inwiefern sie das Image der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Baden-Württemberg als Hinderungsgrund für ihre weitere Stärkung sieht und welche Maßnahmen sie gegebenenfalls dagegen plant;*

Zu 7.:

Die Landesregierung erhält in jüngster Zeit zunehmend Rückmeldungen aus Unternehmen der SVI, dass es ihnen leichter fällt, Personal zu gewinnen. So berichten einzelne Unternehmen von einer steigenden Zahl von Initiativbewerbungen. Zudem überlegen immer mehr Unternehmen ihre Aktivitäten in diesem Bereich auszuweiten oder neu in die Branche einzusteigen. Die Landesregierung wertet dies als Imagewandel vor dem Hintergrund der aktuellen geopolitischen Lage.

Die Landesregierung sieht in der SVI einen strategischen Partner bei der Aufrechterhaltung der äußeren und inneren Sicherheit. Sie wird sich deshalb weiterhin da-

für einsetzen, den Beitrag der Branche zur Sicherheit der Bevölkerung und zur Landes- und Bündnisverteidigung zu kommunizieren und zu stärken.

8. auf welche Art und Weise Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie sowie deren Zulieferer in Baden-Württemberg in den letzten fünf Jahren von einer direkten Landesförderung, von Landeskrediten oder von Landesbürgschaften profitiert haben;

Zu 8.:

Jegliche finanziellen Instrumente des Landes wie Bürgschaften, Kredite oder Förderungen stehen auch Akteuren der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie offen. Da die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie nicht gesondert statistisch erfasst wird, stehen hierzu keine Zahlen zur Verfügung.

9. wie sie den Vorschlag bewertet, im Rahmen des Förderprogramms InvestBW einen spezifischen Förderschwerpunkt für Unternehmen und Zwecke der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie auszuschreiben, um diese Branche weiter zu stärken;

Zu 9.:

Das Förderprogramm Invest BW steht seit jeher auch den Akteuren der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie offen. Im Rahmen der kürzlich umgesetzten Praxissprints wurden bspw. bereits Projekte aus dem Bereich Sicherheit und Verteidigung berücksichtigt. Das Thema Sicherheit und Verteidigung wird auch im Rahmen der künftigen Förderung Berücksichtigung finden.

10. welche Maßnahmen sie bereits ergriffen hat oder zukünftig plant zu ergreifen, um die Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Baden-Württemberg untereinander, mit Zuliefererbetrieben, mit der Wissenschaft sowie mit anderen Unternehmen zu vernetzen und somit die Clusterbildung und den Netzwerkaufbau zu befördern;

11. welche Anreize sie setzt, um speziell Kooperationen zwischen Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Baden-Württemberg, deren Zulieferern in Baden-Württemberg und den Instituten der angewandten Forschung in Baden-Württemberg auszubauen;

Zu 10. und 11.:

Die SVI umfasst eine Reihe von Hochtechnologiebranchen (u. a. Luft- und Raumfahrt, Maschinenbau, IT und Künstliche Intelligenz, Elektronik), die seit vielen Jahren durch die Innovationsstrategie des Landes, die Cybersicherheitsstrategie, die Luft- und Raumfahrtstrategie „THE Aerospace LÄND – on to new horizons“, die Digitalisierungsstrategie, bestehende Innovationscampus und weitere Maßnahmen unterstützt werden. Die Vernetzung und Kooperation zwischen Unternehmen, Zulieferern, Wissenschaft und Forschungseinrichtungen wird ebenfalls seit vielen Jahren durch die vom Land geförderten Technologietransfermanagerinnen und -manager, durch die Innovationsberatung der Kammern und durch weitere Akteure gefördert. Dies umfasst auch die SVI sowie deren Zulieferer. Zur Gewinnung von Aufträgen durch Streitkräfte bietet zudem die IHK-Auftragsberatungsstelle Informationen, Veranstaltungen und Erstberatung.

Mit Blick auf die absehbar stark zunehmende Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen der SVI sowie die damit verbundenen Potenziale für Aufträge, Forschung und Kooperationen plant das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus gemeinsam mit den Industrie- und Handelskammern bereits konkrete Veranstaltungen. Diese sollen als Plattform dienen, um den Austausch zwischen Unternehmen, Forschungseinrichtungen und staatlichen Akteuren zu fördern, innovative Lösungen zu präsentieren und Kooperationen zu initiieren.

Im Staatsministerium wurde 2024 zudem ein Unternehmensgespräch „Sicherheit und Verteidigung“ initiiert. Zielsetzung ist es, die Bedarfe von Wirtschaft und Forschung zu identifizieren und insbesondere auch die Anliegen der Branche in Rich-

tung der Bundesregierung, beispielsweise bezüglich Genehmigungsverfahren, zu platzieren. Das Format wird nach positiven Rückmeldungen der Akteure weitergeführt und wird sich in der nächsten Runde mit den Themen Innovation, Transfer und der Auslotung möglicher Kooperationen unter Beteiligung von Forschungsakteuren widmen.

12. inwiefern es für die Institute der angewandten Forschung in Baden-Württemberg und hier insbesondere der landesgetragenen Institute der Innovationsallianz irgendwelche Beschränkungen zu den Themen Sicherheits-/Verteidigungs-/Militärforschung gibt, vergleichbar zu den Zivilklauseln an einzelnen Hochschulen;

Zu 12.:

An den Instituten der Innovationsallianz, den Instituten des DLR und den Fraunhofer-Instituten in Baden-Württemberg als Institute der angewandten Forschung gibt es keine Zivilklauseln.

13. welche Informationen ihr zum spezifischen Fachkräftebedarf der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Baden-Württemberg vorliegen, sowohl hinsichtlich der am meisten vorhandenen Fachkräfte als auch hinsichtlich der am meisten gesuchten (also nicht bereits abgedeckten) Fachkräfte;

Zu 13.:

Da mit der Änderung der Schuldenregel zunächst ein Rahmen für höhere Sicherheits- und Verteidigungsausgaben geschaffen wurde und NATO, EU sowie Streitkräfte die Bedarfe festlegen, stehen die konkreten Auftragsvolumina und Vertragslaufzeiten noch nicht fest bzw. dürften mit Blick auf den Geheimschutz auch nicht im Detail öffentlich werden. Die bisher definierten Fähigkeitslücken lassen jedoch Bedarfe in den Bereichen Luftverteidigung, Artilleriesysteme, Munition und Raketen, Drohnen und Drohnenabwehr, Künstliche Intelligenz, Cyberraum, Elektronische Kriegsführung, Lufttransport und Luftbetankung sowie militärische Mobilität erkennen. Die baden-württembergische SVI ist mit ihren Kompetenzen in der Sensorik, Luft- und Raumfahrt, Softwareentwicklung, Raketen, Luftverteidigung, Antriebskomponenten und vielen weiteren in allen genannten Feldern in die relevanten Wertschöpfungsketten integriert.

Je nach von den Streitkräften definierten Bedarfen und ausgelösten Beschaffungsprojekten werden sich technologiespezifische und auch regionale Schwerpunkte bei den Auftragsvolumina und somit auch bei den Fachkräftebedarfen ergeben. Mit Nutzung von Transformations- und Innovationspotenzialen durch andere Unternehmen ergibt sich auch bei diesen ein entsprechender Fachkräftebedarf. Nicht zuletzt wird der technologische Fortschritt bei Produktionsverfahren Einfluss auf den spezifischen Fachkräftebedarf haben, insbesondere in Abhängigkeit von Automatisierungsgraden.

Eine Simulation der Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforschung, des Bundesinstituts für Berufsbildung und des Instituts für Arbeits- und Berufsforschung betrachtet die Arbeitsplatzeffekte infolge höherer Verteidigungsaufgaben. Die Berufsbilder sind entsprechend der technologischen Bandbreite sehr vielfältig und reichen beispielhaft von Mechatronik über Softwareentwicklung und Naturwissenschaften bis hin zur Produktionssteuerung oder dem Vertrieb.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die zunehmende Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit und der damit verbundenen Fachkräftebedarfe. Die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Baden-Württemberg profitiert von internationalen Partnerschaften und Projekten, die den Austausch von Wissen und Technologien fördern. Dies führt zu einem Bedarf an Fachkräften mit interkulturellen Kompetenzen und Sprachkenntnissen, die in der Lage sind, in multinationalen Teams zu arbeiten und internationale Projekte zu koordinieren.

14. welche Maßnahmen sie diesbezüglich ergreift, insbesondere auch hinsichtlich der Umschulung oder Weitervermittlung von Fachkräften aus wirtschaftlich beeinträchtigten Branchen in die sich positiv entwickelnde Sicherheits- und Verteidigungsindustrie;

Zu 14.:

Insbesondere in konjunkturell schwierigen Phasen findet seit jeher ein Übergang von Beschäftigten aus wirtschaftlich beeinträchtigten in sich positiv entwickelnde Branchen statt. Dieser Übergang erfolgt vor dem Hintergrund der weltweit zunehmenden Ausgaben für Sicherheit und Verteidigung sowie der konjunkturellen Situation bereits.

Für die damit verbundene individuelle Weiterentwicklung von Fachkräften steht eine Vielzahl von Beratungs- und Bildungsangeboten verschiedener Bildungsträger zur Verfügung, zudem eine Reihe von Förderinstrumenten, unter anderem:

- das Qualifizierungschancengesetz,
- der Bildungsgutschein der Arbeitsagentur,
- das Qualifizierungsgeld,
- das Zukunftsstarterprogramm für die Nachqualifizierung junger Menschen über 25 Jahren ohne Ausbildungsabschluss,
- die ESF Plus Fachkursförderung in Baden-Württemberg,
- die Fördermöglichkeiten des Aufstiegs-BAföG,
- das Weiterbildungsstipendium für junge Potenzialträger.

Die Planungssicherheit beim Aufbau von Kapazitäten und Personal ist von entscheidender Bedeutung für die SVI. Um diese zu gewährleisten, setzt sich die Landesregierung dafür ein, dass die Finanzierungsinstrumente und Vertragsmodelle von NATO, EU und Bund so gestaltet werden, dass langfristige Planungssicherheit besteht. Dies umfasst insbesondere die Sicherstellung von mehrjährigen Finanzierungszusagen, um eine stabile und verlässliche Planung zu ermöglichen. Darüber hinaus sollen Vertragsmodelle entwickelt werden, die flexibel genug sind, um auf sich ändernde Bedrohungslagen und technologische Entwicklungen reagieren zu können. Die Förderung der Zusammenarbeit zwischen nationalen und internationalen Akteuren ist ebenfalls von großer Bedeutung, um Synergien zu nutzen und Doppelarbeit zu vermeiden. Klare und transparente Prozesse zur Vergabe und Verwaltung von Mitteln sollen etabliert werden, um Vertrauen und Effizienz zu steigern. Schließlich ist die Unterstützung von Forschung und Entwicklung durch gezielte Förderprogramme notwendig, um technologische Fortschritte und Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Durch diese Maßnahmen soll die SVI in die Lage versetzt werden, ihre Kapazitäten und ihr Personal langfristig und nachhaltig zu planen und zu entwickeln.

Die Landesregierung stärkt die Weiterbildung in Baden-Württemberg seit 2021 zudem mit der ressortübergreifenden Weiterbildungsoffensive WEITER.mit.BILDUNG@BW, die von Staatsministerium initiiert wurde. Beteiligt sind das Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kultusministerium. Unter einem Dach treiben die Ressorts gemeinsame und eigenständige Maßnahmen zur Weiterbildung voran. Die Landesregierung hat hierfür insgesamt 40 Millionen Euro bis 2024 zur Verfügung gestellt. Der Entnahmezeitraum wurde bis Ende 2025 verlängert.

Seit Oktober 2024 steht der neue Kursfinder auf dem gemeinsamen Internetauftritt *thechance.com* zur Verfügung (Testphase bis Oktober 2025). Darüber können sich Weiterbildungsinteressierte mithilfe von Künstlicher Intelligenz konkrete Weiterbildungen empfehlen lassen. Der Kursfinder bündelt die Weiterbildungsangebote der Ressorts, die auf den Portalen *fortbildung-bw.de* (Wirtschaftsministerium), *digitaler-weiterbildungscampus.de* (Kultusministerium) sowie *Südwissen.de* (Wissenschaftsministerium) veröffentlicht werden.

Als Teil der Weiterbildungsoffensive unterstützt das Land gezielt die wissenschaftliche Weiterbildung der Hochschulen, welche eine entscheidende Rolle für den

Wandel der Berufswelt und die aktuell herausfordernde Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft spielt. Die an der Universität Freiburg neu eingerichtete Geschäftsstelle „Südwissen“ führt die Maßnahmen der Weiterbildungsoffensive ab dem Jahr 2025 weiter; wie z. B. die Plattform „Südwissen.de“ sowie ein Netz von vier Weiterbildungskoordinationen mit Sitz in den vier Regierungsbezirken des Landes. Diese unterstützen das Matching zwischen Wirtschaft und Gesellschaft sowie den Hochschulen sowie die Umschulungsbedarfe von Fachkräften aus wirtschaftlich beeinträchtigten Branchen in die sich positiv entwickelnde Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. In einem Workshop zwischen Vertretungen der wissenschaftlichen Weiterbildung, der Automotive-Branche sowie der Luft- und Raumfahrtbranche (inkl. Defence) wurde beispielweise der konkrete Umschulungsbedarf von Fachkräften ermittelt. Auf dieser Basis wird aktuell ein Weiterbildungsangebot entwickelt, welches diesen Bedarf deckt. Ein kurzfristiges Angebot als „Crashkurs“ zum Einblick in die neue Branche, wurde von einem Professor der Hochschule Karlsruhe bereits mehrmals bei Bosch durchgeführt.

15. welche sonstigen Maßnahmen sie bereits ergriffen hat oder noch plant zu ergreifen, um die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Baden-Württemberg weiter zu stärken und die vom Ministerpräsident formulierte Haltung „Das wird ein neuer industrieller Schwerpunkt für Baden-Württemberg werden, da bin ich mir sicher“ (dpa-Meldung vom 4. März 2025, „Kretschmann für Ausbau der Rüstungsindustrie im Südwesten“) zu unterstützen.

Zu 15.:

Die Landesregierung wird das ressortübergreifende Unternehmensgespräch, das 2024 eingeführt wurde, als Runden Tisch unter Einbezug von Wirtschaft und Wissenschaft fortsetzen und verstetigen. Darüber hinaus hält die Landesregierung engen Kontakt zur IHK Bodensee-Oberschwaben als Sprecher der baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern für das Thema Sicherheit und Verteidigung und wird sich an entsprechenden Veranstaltungsformaten beteiligen.

Mit dem Weißbuch für die europäische Verteidigungsbereitschaft 2030 hat die Europäische Kommission u. a. verschiedene Maßnahmen und Initiativen zur Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie vorgeschlagen. Diese Maßnahmen werden der baden-württembergischen Verteidigungsindustrie sowie den Forschungseinrichtungen voraussichtlich zu Gute kommen. Staatssekretär Florian Hassler hat vor diesem Hintergrund bereits erste Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der EU-Institutionen geführt und dabei auf die Bedeutung der baden-württembergischen Industrie und Forschungslandschaft hingewiesen.

Das Thema Sicherheit und Verteidigung ist traditionell eng mit dem Thema Luft- und Raumfahrt verbunden. Bei Veranstaltungen von THE Aerospace LÄND ist dies einbezogen und findet u. a. auch im Austausch mit der Bundespolitik und Bundeseinrichtungen Niederschlag, so z. B. bei einer Veranstaltung der Landesregierung in der Landesvertretung Berlin im November 2024.

Im Mai 2023 hat die Landesregierung die aktive Ansiedlungsstrategie verabschiedet. Diese fokussiert sich auf in- und ausländische Unternehmen mit innovativen Geschäftsmodellen und neuen technologischen Entwicklungen. Zudem sollen baden-württembergische Unternehmen beispielsweise bei Standorterweiterungen unterstützt werden. Das Thema Sicherheit und Verteidigung wird auch in der aktiven Ansiedlungsstrategie künftig eine stärkere Rolle spielen.

Innovative Unternehmen sowie Start-ups spielen eine wichtige Rolle bei der Fortentwicklung des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg. Daher ist die Unterstützung dieser Unternehmen ein wichtiger Bestandteil der Arbeit der Landesregierung. Mit Programmen wie Invest BW oder auch im Rahmen der Landeskampagne Start-up BW fördert die Landesregierung bereits seit einigen Jahren diese Unternehmen. Zukünftig wird auch das Thema Sicherheit- und Verteidigung insbesondere bei Invest BW verstärkt eine Rolle einnehmen.

Das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (LfV) sowie die Polizei BW sind mit Partnern der Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie vernetzt und tauschen sich zum Beispiel im Sicherheitsforum Baden-Württemberg mit ihnen aus.

Die Cyberabwehr sowie der Behörden- und Wirtschaftsschutz im LfV bieten außerdem ein umfassendes Angebot an Präventionsmaßnahmen und tragen so zu einem effektiven Schutz vor Spionage und Sabotage bei. Dieses Präventionsangebot gliedert sich in anlassbezogene und anlassunabhängige Beratungsformate. Besteht der konkrete Verdacht eines nachrichtendienstlich gesteuerten Cyberangriffs oder besteht die Gefahr, dass eine bislang unbekannte Schwachstelle in einer Software von staatlich gesteuerten oder beeinflussten Akteuren ausgenutzt werden könnte, verfasst das LfV anlassbezogene Warnmeldungen und sensibilisiert möglicherweise gefährdete Stellen im Land passgenau und individuell.

Im Zuge der anlassunabhängigen Beratung bietet das LfV spezielle Vorträge bei Multiplikatoren, wie etwa Unternehmensverbänden, zum Vorgehen ausländischer Nachrichtendienste an, erstellt Broschüren und Flyer mit Hinweisen und Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der IT-Sicherheit und des Informationsschutzes und veröffentlicht regelmäßig Sicherheitshinweise für IT-Fachkräfte auf der Homepage des LfV. Diese Sicherheitshinweise beschäftigen sich jeweils mit einem aktuellen Thema aus dem Bereich der Cybersicherheit und richten sich speziell an IT-Sicherheitsverantwortliche in Unternehmen, staatlichen Stellen und Forschungseinrichtungen.

Auch die öffentlich bereitgestellten Fachinformationen und Factsheets der Cybersicherheitsagentur Baden-Württemberg (CSBW) zu verschiedenen Themen der Cybersicherheit können gerade auch für kleinere und mittlere Unternehmen, wie sie z. B. im Bereich der Zulieferindustrie für Rüstungsunternehmen zu vermuten sind, eine zusätzliche Hilfe darstellen. Die CSBW überprüft zudem regelmäßig verschiedene Quellen, darunter das Darknet, systematisch auf Hinweise zu vorbereiteten, laufenden oder erfolgten Cyberangriffen. Betroffene Unternehmen in Baden-Württemberg werden umgehend über entsprechende Funde informiert.

Des Weiteren steht die Zentrale Ansprechstelle Cybercrime (ZAC) beim Landeskriminalamt Baden-Württemberg (LKA) als Ansprechpartner für Unternehmen bei IT-Sicherheitsvorfällen zur Verfügung.

Dr. Hoffmeister-Kraut
Ministerin für Wirtschaft,
Arbeit und Tourismus